

1 **Leitantrag des Unterbezirksvorstandes**

2 11.04.22

3 4 **Für die Menschen in Oldenburg die Weichen in Hannover stellen**

5
6 Die Oldenburger SPD beschließt für die Arbeit der nds. Landtagsfraktion folgende
7 Bausteine:

8 **Landeswohnungsbaugesellschaft für die Schaffung von bezahlbarem** 9 **Wohnraum für Familien**

10 Mit der Gründung einer Landeswohnungsbaugesellschaft sollen künftig Grundstücke
11 im Besitz des Landes Niedersachsen zu einem günstigen Preis an den Markt gebracht
12 werden. Damit leisten wir einen Beitrag zur Entspannung des Wohnungsmarkts.
13 Dieses Ziel erreichen wir auch durch den Ausbau von städtischen Erbbaurechten. Damit
14 erleichtern wir bauwilligen Familien die Finanzierung ihres Vorhabens, und wir können
15 damit auch dafür sorgen, dass der massive Anstieg der Grundstückspreise in den
16 letzten Jahren gebremst wird.

17 **Stadtbild erhalten - verdichtende Baumaßnahmen steuern**

18 Bei Verdichtungsmaßnahmen dürfen gewachsene, städtebauliche Strukturen nicht
19 zerstört werden, indem unter Ausnutzung von bestehenden (z.T. sehr alten)
20 Bebauungsplänen die städtebauliche Anmutung nachhaltig gestört wird. Zum Teil wird
21 dies bereits durch das Einrichten von Veränderungssperren erreicht - diese
22 Maßnahmen müssen weiter ausgedehnt werden. Hierdurch kann darüber hinaus ein
23 weiterer Anstieg der Baulandpreise gebremst werden, da beispielsweise in typischen
24 Einfamilienhausgebieten eine mehrgeschossige Bauweise verhindert werden kann.

25 **Sportvereine stärken**

26 Die Corona-Pandemie hat dazu geführt, dass die Mitgliedszahlen in den Sportvereinen
27 zum Teil abgenommen haben. Mit der weiteren Stärkung des Landesportbunds wollen
28 wir den Sportvereinen helfen, passgenaue Angebote zur Rückgewinnung und
29 Neugewinnung von Mitgliedern zu schaffen.

30 **Digitale Lernmittelfreiheit**

31 Alle Kinder verdienen die beste Bildung. Viele Unterrichtsformen haben sich vor allem
32 durch die Pandemie vom Klassenraum hin auf digitale Endgeräte verlagert. Wir wollen
33 sicherstellen, dass alle Kinder mit passenden Endgeräten ausgestattet sind. Damit die

34 Bildungsmöglichkeiten nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, ist die
35 Lernmittelfreiheit auf mobile Endgeräte auszuweiten.

36 **Oldenburgs kulturelle Vielfalt bewahren und stärken**

37 Neben der Förderung des Staatstheaters Oldenburg sind weitere Kulturangebote zu
38 stärken, damit die Kulturschaffenden die lange Durststrecke der Pandemie überstehen.
39 Dabei werden wir uns dafür einsetzen, dass Kultur barrierefrei angeboten wird. Dies
40 umfasst auch die soziale Barrierefreiheit.

41 Um Unterhaltskosten zu senken, wollen wir darauf hinwirken, dass der
42 Investitionsstau in den kulturellen Landesliegenschaften abgebaut wird.

43 **Gesundheitsstandort Oldenburg fördern**

44 Wir unterstützen die angestrebte Fusion des PIUS mit dem EV. Ein starkes fusioniertes
45 Krankenhaus kann einerseits ein größeres Spektrum an Behandlungsschwerpunkten
46 anbieten und dabei gleichzeitig die Wirtschaftlichkeit der Krankenversorgung erhöhen.
47 Darüber hinaus erleichtert die Fusion die Ausbildung und die Gewinnung qualifizierten
48 Personals. Eine erkennbare Schwerpunktsetzung verbessert mittel- bis kurzfristig die
49 Qualität der medizinischen Versorgung in der Region.

50 Nicht erst die Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig ein gut ausgestattetes
51 Gesundheitsamt ist. Wir werden evaluieren, wo es einer personellen Aufstockung
52 bedarf. Dabei werden wir auch die Bedürfnisse von Menschen in den Blick nehmen, die
53 keine starke Lobby haben. So muss beispielsweise die Betreuung und Beratung für
54 Sexarbeiter*innen sichergestellt sein.

55 Oldenburg hält als Stadt viele Strukturen vor, die es im ländlichen Bereich nicht gibt.
56 Dazu gehört auch die Aidshilfe Oldenburg. Der Einzugsbereich und die Aufgaben sind
57 vielfältig. Wir wollen eine Erhöhung der Haushaltsmittel

58 **European Medical School**

59 Die Errichtung/der Ausbau muss mit aller Kraft vorangetrieben werden; in einer älter
60 werdenden Gesellschaft steigt der Bedarf an medizinischen Versorgungsleistungen
61 deutlich an. Zur Sicherung der in Zukunft erforderlichen personellen ärztlichen
62 Kapazitäten ist es daher dringend geboten, die Zahl der Studienplätze für Medizin in
63 Oldenburg zu erhöhen und die für eine erfolgreiche medizinische Ausbildung
64 notwendigen Bildungseinrichtungen schnellstmöglich zu schaffen sowie die
65 vorhandenen zu stärken.

66 **Förderprogramme für Innenstädte und Stadtteilzentren entwickeln**

67 Bereits bestehende Landesfördermittel für die Stärkung der Innenstädte sollen
68 fortgesetzt werden, um die teils dramatischen Pandemie-Folgen wie Leerstände
69 abzuwenden und die Innenstädte stärker auf den Wandel vorzubereiten. Die Funktion

70 der Innenstädte als Räume zum Arbeiten und Leben wird künftig stärker in den
71 Mittelpunkt rücken als noch vor der Pandemie. Diesen Wandel werden wir gut
72 begleiten.

73 Die Aufenthaltsqualität vor allem in den Randbereichen der Fußgängerzone soll durch
74 neue Konzepte (auch mit Blick auf Klimaanpassung) nachhaltig erhöht werden. So
75 sollen Plätze - wie beispielsweise der Kasinoplatz und der Schloßplatz – umgestaltet
76 werden, damit die dort vorhandenen Flächen stärker für Veranstaltungen und
77 Außengastronomie nutzbar werden und die Aufenthaltsqualität auch mit Pop-up
78 Gärten deutlich verbessert wird. Perspektivisch kann dieser Bereich die bereits
79 vorhandene Fußgängerzone erweitern, um die ansässigen Dienstleistungsbetriebe und
80 Kaufleute nachhaltig und dauerhaft zu stärken.

81 Die Stadtteilzentren als Nahversorgungsmöglichkeit (Stichwort: Stadt der kurzen
82 Wege) müssen im Rahmen von Landesförderprogrammen noch stärker als bisher in
83 den Mittelpunkt rücken. Da es sich hierbei um langfristige Maßnahmen handelt,
84 wollen wir geeignete Areale zur Entwicklung von Stadtteilzentren frühestmöglich
85 identifizieren und einen entsprechenden Planungsprozess auf den Weg bringen. Wir
86 wollen dazu In den jeweiligen Stadtteilen so früh wie möglich Dialoge mit den
87 Akteuren vor Ort auf den Weg bringen.

88 **Entlastungen für Pendler*innen – kostengünstigen ÖPNV – Schülerticket**

89 An den Stadträndern müssen Parkplätze für P&R-Nutzer*innen in Kombination mit
90 einem Ausbau des ÖPNV geschaffen werden, damit der motorisierte Individualverkehr
91 (MIV) aus den Umlandgebieten verringert wird und die Verkehrsbelastungen durch
92 Pendlerverkehre reduziert werden. Diese Parkplätze sollten mit Ladestationen für E-
93 Autos und E-Fahrräder ausgestattet werden und sichere Unterstellmöglichkeiten für
94 Fahrräder und Lastenfahrräder bieten. Um die Anbindung Oldenburgs an den
95 Schienenverkehr zu verbessern, werden wir die Regio-S-Bahn weiter ausbauen. Dazu
96 gehört ein mindestens stündlich bedienter neuer Haltepunkt in Ofenerdiek an der Linie
97 von Wilhelmshaven nach Bremen mit optimaler Busverknüpfung sowie eine
98 Verlängerung der jetzt in Bad Zwischenahn endenden Linie nach Leer. So wird der
99 Haltepunkt Wechloy besser aus Richtung Leer erreichbar.

100 Insgesamt wollen wir im ganzen Stadtgebiet die E-Mobilität fördern und für
101 ausreichende Angebote an öffentlichen Lademöglichkeiten für E-Autos und E-
102 Fahrräder sorgen. Mit entsprechenden Angeboten um die Innenstadt herum
103 insbesondere für E-Fahrräder, aber auch für E-Autos, schaffen wir einen weiteren
104 Baustein für eine nachhaltig attraktive Fußgängerzone.

105 Es geht uns um die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer*innen. Besonders die
106 Zufußgehenden verdienen hier unsere besondere Aufmerksamkeit. Uns ist es wichtig,
107 dass sich alle sicher und barrierefrei im öffentlichen Raum bewegen können. Unser
108 Augenmerk liegt hier besonders bei den Älteren und den Kindern.

109 Es gibt in Oldenburg eine Vielzahl von Siedlungsgebieten, die nur durch enge Straßen
110 erreichbar sind, so dass aktuelle Haltestellen des ÖPNV nicht in vertretbarer
111 Entfernung fußläufig zu erreichen sind. Um auch für diese Gebiete die Attraktivität des
112 ÖPNV zu erhöhen, müssen neue Konzepte entwickelt werden (z.B. Einsatz von
113 Zubringer-Kleinbussen, autonom fahrender Busse).

114 **Ausbau von Tempo 30-Zonen**

115 Tempo 30-Zonen schonen die Umwelt, verringern die Lärmemissionen und erhöhen die
116 Sicherheit im Straßenverkehr. Bestehende Eingriffsmöglichkeiten werden wir nutzen.
117 Wir setzen uns bei der künftigen Landesregierung dafür ein, dass die
118 bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen verändert werden und Kommunen mehr
119 Gestaltungsspielraum erhalten.

120 **Sanierung und Ausbau des vorhandenen Fahrradwegnetzes, Entwicklung 121 von Fahrradstraßen**

122 Zur nachhaltigen Verringerung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) ist das
123 Vorhandensein von sicheren Fahrradwegen eine wichtige Voraussetzung, um mehr
124 Menschen "auf das Fahrrad zu bringen". Daher werden vorhandene Radwege, die nicht
125 heutigen Anforderungen entsprechen, in den nächsten Jahren Zug um Zug saniert
126 werden. Gleichermaßen wird ein Konzept für die Entwicklung von Fahrradstraßen
127 entwickelt, dass die Belange und Erfordernisse der gesamten Stadt erfasst.
128 Perspektivisch sollten aus allen Hauptrichtungen durchgängige Fahrradstraßen in
129 Richtung Innenstadt entstehen.

130 **Lockerung der Schuldenbremse für den Klimaschutz**

131 Zur Erreichung der Klimaschutzziele und der angestrebten Klimaneutralität sind in den
132 nächsten Jahrzehnten hohe Investitionen notwendig. Zur Sicherstellung der
133 Finanzierung der notwendigen Maßnahmen muss die Schuldenbremse aufgehoben
134 werden. Die notwendigen Investitionen dienen der Daseinsvorsorge nachfolgender
135 Generationen und sind nicht verhandelbar. Ein durch die Anwendung der
136 Schuldenbremse verzögertes Investitionsverhalten machte die Erreichung der
137 verabschiedeten Klimaziele unmöglich und wäre nicht hinnehmbar.

138 **Willkommenskultur gegenüber geflüchteten Menschen**

139 Die Solidarität der Oldenburger*innen ist sehr bewegend. Die Oldenburger SPD setzt
140 sich dafür ein, dass ehrenamtliche Angebote gestärkt werden, dass Angebote (z.B.
141 Wohnraum, Informationen, etc.) sinnvoll gebündelt werden und dass die Menschen
142 mit offenen Armen aufgenommen werden. Oldenburg muss alles tun, um die durch
143 den Ukraine-Konflikt erwarteten Zuströme Geflohener menschlich, kulturell und
144 bildungspolitisch beherrschen zu können. So müssen schnellstmöglich Einrichtungen
145 geschaffen/erweitert werden, um für die geflohenen Menschen Sprachkurse

146 anzubieten, um das Zusammenleben aller, erleichtert wird. Gleichermaßen wichtig ist
147 die Identifizierung von Wohnmöglichkeiten im privaten Sektor, damit die geflohenen
148 Menschen schnellstmöglich gut untergebracht sind und in den Stadtteilen ankommen
149 können.

150 **Dokumentationspflicht für den Arbeitsmarkt**

151 Für die künftigen ukrainischen Mitbürger*innen ist der Arbeitsmarkt schnell zu öffnen.
152 Allerdings ist auf den Arbeits- und Gesundheitsschutz zu achten und darauf, dass die
153 Arbeit dokumentiert wird. Nur so wird sichergestellt, dass Arbeitnehmer*innen nach
154 geltenden Standards beschäftigt, Mindestlohn und Sozialversicherungsabgaben
155 gezahlt werden und vor allem, im Falle von Unfällen die Arbeitnehmer*innen versichert
156 sind.

157 **Oldenburg wird 2035 klimaneutral**

158 Die Hunttestadt Oldenburg, die sich das ambitionierte Ziel gesetzt hat bis 2035
159 klimaneutral zu werden, gilt es in ihren Bestrebungen zu unterstützen. So kann unsere
160 Stadt zum Vorbild werden für andere niedersächsische Kommunen, die vor noch
161 größeren Herausforderungen stehen. Bund, Land und Kommunen müssen attraktive
162 Fördermöglichkeiten schaffen bzw. weiterentwickeln, um Investitionen in den
163 Klimaschutz auch der privaten Investor*innen/Hausbesitzer*innen zu fördern bzw.
164 anzureizen. Erste Schritte hierzu sind bereits erfolgt, weitere Maßnahmen müssen
165 entwickelt werden.

166 So muss auf dem Ordnungswege sichergestellt werden, dass die Wärmeversorgung
167 von neuen bzw. sanierten Gebäuden zum weit überwiegenden Teil CO₂-neutral
168 erfolgen muss. Entsprechende Wärmekonzepte/Gutachten sind
169 Genehmigungsanträgen stets beizufügen. Öffentlichkeitswirksame
170 Informationskampagnen sind zu entwickeln - die Beratungsintensität öffentlicher
171 Stellen muss erhöht werden.

172 Gegenwärtig ist zu beobachten, dass Starkregenereignisse in zunehmendem Maße
173 dazu führen, dass das Regenwasser nicht abgeführt werden kann und es daher zu
174 lokalen Überflutungen kommt. Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren noch
175 verstärken. Daher sollten Förderprogramme entwickelt werden, um z.B. die Schaffung
176 von anlagentechnischen Voraussetzungen zum verzögerten Eintrag von Regenwasser in
177 die Entwässerungssysteme anzureizen, beispielsweise durch Speicherung in offenen
178 Wasserflächen. Ebenso sollte dafür gesorgt werden, dass Regenwasser wieder mehr
179 versickern kann, anstatt durch die ohnehin schon stark beanspruchten
180 Regenwasserkanäle zu fließen. Hierfür müssen versiegelte private und öffentliche
181 Flächen wieder entsiegelt, die Straßengräben wieder ertüchtigt und verrohrte Gräben
182 wieder zurückgebaut werden. Gleichermaßen sollte eine Förderung privater und
183 gewerblicher Regenwasser-Nutzungsanlagen entwickelt werden, damit neben dem
184 verzögerten Eintrag von Regenwasser in die Entwässerungssysteme auch der Einsatz

185 von Trinkwasser zum Teil substituiert werden kann (z.B. Toilettenspülung, Wäsche,
186 Gartenbewässerung).

187 Zur Erreichung der Klimaziele werden vor allem an Heizungsanlagen hohe
188 Anforderungen zum CO₂-freien Betrieb gestellt. Eine Möglichkeit sowohl im Bestand
189 als auch im Neubau ist die Installation von Erdwärme-betriebenen
190 Wärmepumpenanlagen.

191 **Wehrhafte Demokratie stärken**

192 Unser Demonstrationsrecht ist in der heutigen Zeit wichtiger denn je. Trotzdem
193 werden manche Demonstrationen wie die sogenannten „Spaziergänge“ dazu
194 zweckentfremdet, unsere Demokratie in Frage zu stellen, wenn nicht gar verächtlich zu
195 machen. Wir müssen dazu nicht nur eine klare Haltung zeigen, sondern auch für mehr
196 Polizei-Präsenz sorgen, um einerseits Ordnungswidrigkeiten und Straftaten zu
197 verhindern bzw. zu ahnden und andererseits mögliche Ausschreitungen von
198 vornherein zu verhindern. Dazu bedarf es keiner Ausweitung von Befugnissen, sondern
199 einer gut ausgestatteten und einsatzfähigen Polizei in Oldenburg mit ausreichendem
200 und qualifizierten Personal.

201 **Gebäudeinfrastruktur am Justizstandort Oldenburg ertüchtigen –** 202 **Verbesserungen für Beschäftigte, Prozessbeteiligte und Besucher** 203 **voranbringen**

204 Mit insgesamt ungefähr 900 Mitarbeiter*innen ist Oldenburg einer der größten
205 Justizstandorte in Niedersachsen. Wir setzen uns im Sinne der Beschäftigten,
206 Prozessbeteiligten und Besucher der Gerichte und Staatsanwaltschaften für eine
207 Verbesserung der Gebäudeinfrastruktur am Standort Oldenburg ein und fordern die
208 Umsetzung des unter Einbeziehung der Gerichte und Staatsanwaltschaften
209 entwickelten Gebäudekonzepts, das neben der Sanierung der Bestandsgebäude im
210 Gerichtsviertel zwei Neu- bzw. Erweiterungsbauten für die Gerichte und die
211 Staatsanwaltschaft vorsieht und so die Aufgabe von Anmietungen im Stadtgebiet
212 ermöglicht. Aktuell sind die Gerichte auf mehrere Gebäude an unterschiedlichen
213 Standorten verteilt. Die Umsetzung des Gebäudekonzepts wird dazu beitragen, dass
214 sich die Arbeitsbedingungen und -abläufe für die Mitarbeiter*innen verbessern, auch
215 im Hinblick auf die Digitalisierung der Justiz. Das Bauvorhaben trägt ferner zu einer
216 bürgerfreundlichen Justiz bei, ermöglicht mehr Barrierefreiheit und verbessert die
217 Sicherheit für Beschäftigte und Besucher. Schließlich wird durch die energetische
218 Ertüchtigung der Bestandsgebäude und durch die Neubauten die Klimabilanz des
219 Gebäudebestandes verbessert.